

# Der Gewerbeverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine  
und des Deutschen Arbeiterbundes.

Erscheint jeden Sonntag.  
Herausgeber: Hermann  
Preis: 1/2 Egr. = 26 Kr. Ein-  
zelhefte. Expedition: Kaden-  
straße 27. Alle Buchhandlungen,  
die Berlin als Bezugs-Expe-  
dition, nehmen Bestellen-  
gen an.

Bei Abonnement von mehr-  
ere 5 Exemplaren unter einer  
Adresse brecht an den Heraus-  
geber (Dr. Max Hirsch, Kaden-  
straße 27) tritt der ermä-  
ßigte Preis von 5 Egr. = 21 Kr.  
pro Expl. ein, welche franco  
eingeliefert hat.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Nr. 31.

Berlin, den 31. Juli 1870.

Zweiter Jahrgang.

Mit nächster Nummer beginnt ein neues Monats-Abonnement auf den „Gewerbeverein“ und wird dringend ersucht, die Abonnements-Gelber praenumerando einzufenden.

Etwasige Verspätungen des Empfangs werden nur durch die jetzt vielfach unterbrochene Eisenbahnverbindung veranlaßt; hoffentlich tritt bald wieder eine regelmäßige Kommunikation ein.

## Forderungen des Arbeiters in Rücksicht auf Schulbildung. \*)

Von A. Büttner, stellv. Vorsitzenden des Ortsvereins zu Witten.

Die Wahlen zum Reichstage und Abgeordnetenhaus stehen vor der Thür. Jede Partei rüftet sich, um ihre Grundzüge zur Geltung zu bringen, jeder Einzelne wird den Wahlen, von dem er eine Vertretung seiner öffentlichen Interessen erwartet.

Da fragt es sich, ob nicht auch unser Gewerbeverein dergleichen Interessen hat, über die im Abgeordnetenhaus und Reichstage entschieden wird. Hat er solche, dann ist es nicht nur wünschenswert, dann ist es geboten, sie bei dieser Gelegenheit geltend zu machen. Denn jede Gelegenheit muß benützt werden auf der Bahn, die wir uns in unseren Statuten vorgezeichnet haben, vorwärts zu kommen. — Zunächst hat der Arbeiter sehr viele Interessen mit allen übrigen Bürgern gemein, z. B. Verringerung der Militärlast, keine Steuererhöhung, Aufhebung der Steuern für Zwecke der Volksbildung u. s. w., und kein über seine Bedürfnisse aufgeklärter Arbeiter wird daher seine Stimme einem Andern, als einem entschiedenen liberalen Manne geben. Aber giebt es nicht auch Punkte, die gesondert zu regeln sind, und die den Arbeiter näher angehen, als andere? Sehen wir unsere Statuten an, um das zu prüfen.

Da finden wir zwar, daß uns, Dank der neuen Gewerbeordnung, die meisten Hemmnisse, welche früher eine freie Entwicklung des Arbeiterstandes aufhielten, z. B. das Konfessionswesen, die Zwangsklassen u. s. w. aus dem Wege geräumt, und wir hierin auf unsere eigene Kraft verweisen sind, aber ein Punkt von hervorragender Wichtigkeit ist gesondert noch nicht in der Weise geregelt, wie es das Interesse des Arbeiters erfordert.

Wir meinen Absatz 6 § 2, welcher auslautet: Der Zweck des Gewerbevereins soll erreicht werden, unter anderen „durch Förderung der allgemeinen Bildung, des gewerblichen Unterrichts und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens“.

\*) Dieser Aufsatz wurde in der am 10. Juli stattgehabten Versammlung des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter zu Witten (Westphalen) vorgelesen. Eine Stelle wurde gestrichen, im übrigen erhielt derselbe den allgemeinen und einstimmigen Beifall. Dem Wunsch der Versammlung entsprechend, wird derselbe hiermit zur Kenntnis und Berücksichtigung der übrigen Vereine gebracht. — Obgleich die politischen Wahlen, für welche dieser Aufsatz als Vorbereitung bestimmt war, in Folge des Krieges hinausgeschoben sind, so glauben wir doch den Abdruck nicht verweigern zu sollen, gerade um darzutun, daß wir selbst im Nationalkriege die inneren Kulturaufgaben keinen Augenblick vergeßen.

Der Zweck des Gewerbevereins soll erreicht werden, unter anderen „durch Förderung der allgemeinen Bildung, des gewerblichen Unterrichts und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens“.

Da finden wir zwar, daß uns, Dank der neuen Gewerbeordnung, die meisten Hemmnisse, welche früher eine freie Entwicklung des Arbeiterstandes aufhielten, z. B. das Konfessionswesen, die Zwangsklassen u. s. w. aus dem Wege geräumt, und wir hierin auf unsere eigene Kraft verweisen sind, aber ein Punkt von hervorragender Wichtigkeit ist gesondert noch nicht in der Weise geregelt, wie es das Interesse des Arbeiters erfordert.

Wir meinen Absatz 6 § 2, welcher auslautet: Der Zweck des Gewerbevereins soll erreicht werden, unter anderen „durch Förderung der allgemeinen Bildung, des gewerblichen Unterrichts und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens“.

Da finden wir zwar, daß uns, Dank der neuen Gewerbeordnung, die meisten Hemmnisse, welche früher eine freie Entwicklung des Arbeiterstandes aufhielten, z. B. das Konfessionswesen, die Zwangsklassen u. s. w. aus dem Wege geräumt, und wir hierin auf unsere eigene Kraft verweisen sind, aber ein Punkt von hervorragender Wichtigkeit ist gesondert noch nicht in der Weise geregelt, wie es das Interesse des Arbeiters erfordert.

Wir meinen Absatz 6 § 2, welcher auslautet: Der Zweck des Gewerbevereins soll erreicht werden, unter anderen „durch Förderung der allgemeinen Bildung, des gewerblichen Unterrichts und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens“.

„Der Gewerbeverein — so sagt § 1 unserer Statuten — bezweckt die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf gesetzlichem Wege. Mit anderen Worten: der Gewerbeverein sucht den Arbeiterstand materiell und geistig auf jede nur denkbare und erlaubte Weise zu heben.

Welches Mittel ist aber wohl geeigneter, den Stand zu heben, als die Erhöhung der Bildung? Kaum wird es ein höheres und tiefer in das Leben des Arbeiters einschneidendes Interesse geben, als das Bildungsinteresse. Dieses ist nun aber durch die bestehende Gesetzgebung nicht genügend gewahrt, und deshalb müssen wir im Interesse des ganzen Standes folgende drei Punkte durchsetzen suchen.

1) Der Schulbesuch muß bis zum 16. Jahre verbindlich gemacht werden, statt wie bisher nur bis zum 14.

2) Die Volksschulen, welche bisher nur für einen Kursus bis zum 14. Jahre eingerichtet sind, müssen demgemäß so erhöht werden, daß sie bis zum 16. Jahre ausreichen.

3) Der Unterricht auf den Volksschulen so wohl, wie auf den Gewerbe- und Realschulen, Gymnasien, Seminaren und Universitäten muß frei und unentgeltlich sein.

Diese Forderungen sind klar, nachstehend seien noch einige Gründe angeführt, um zu beweisen, daß sie auch nützlich und gerecht sind, — obgleich dies wohl die Meisten von vornherein zugeben werden.

Zunächst zu Punkt 1 und 2.

Man kann wohl als selbstredend annehmen, daß das Bedürfnis nach Bildung von fast allen Arbeitern gefühlt wird — einige wenige ausgenommen, die zu weit zurück sind, um den Werth der Bildung erfassen zu können. Aber gerade die tüchtigsten Männer sind am eifrigsten darauf bedacht, ihren Kindern eine gute Bildung zu Theil werden zu lassen. Jeder weiß heutzutage, daß, wer am meisten gelernt hat, auch die meisten Ausichten auf ein gutes Fortkommen hat. Früher gab es Zeiten, wo körperliche Kraft allein schon Geld und Ansehen verschaffen konnte. Diese Zeiten sind vorbei — das weiß Jeder. Gering ist heute der Werth der Körperkraft, gegenüber dem Besitz von Kenntnissen und Fertigkeit. Ist es auch meist gewerbliche Bildung, welche über das Fortkommen im Berufe entscheidet, so wird doch die Grundlage derselben, und die Fähigkeit, sie sich anzueignen, in der Schule erworben. Bei steigender Bildung des Arbeiterstandes werden auch ebenso die Arbeitslöhne steigen, aus zwei Gründen: erstens wird der Arbeiter mehr leisten, und zweitens wird er im Stande sein, die für ihn günstigen Verhältnisse auszunutzen.

Aber Bildung hat nicht bloß einen Geldwerth, sie hat auch einen sittlichen Werth, und es ist erfreulich zu sehen, wie derselbe mehr und mehr anerkannt wird. Durch sie wird der Mensch fähiger gemacht, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Sie ermöglicht dem Einzelnen Theil zu nehmen an den Geschäften, welche die Welt, den Staat, die Kirche beschäftigen, und in denen mittelbar auch sein eigenes Interesse in Frage kommt. In die Wahlen zum Reichstag tritt der Arbeiter als vollberechtigter Staatsbürger

mit seiner ganzen Stimme ein. Man traute ihm Bildung genug zu, dieses Recht gehörig zu gebrauchen. An dem Arbeiter ist es, zu zeigen, daß man ihm nicht zu viel zugetraut, daß auch er den Werth der allgemeinen Bildung zu schätzen weiß.

Es wird wenige Väter geben, welche wegen dieser doppelten Bedeutung der Bildung nicht wünschen werden, daß ihre Söhne bis zum 16. Jahre die Schule besuchen. Nur wenige werden dagegen geltend machen, daß dadurch ihre Söhne 2 Jahre später erwerbsfähig würden. Denn dagegen ist zu bemerken:

1) Ist das Opfer, die Söhne 2 Jahre länger zu unterhalten, gering gegen die Vorteile, welche den letzteren daraus erwachsen;

2) wird der Lohn, welcher in diesen beiden Jahren verloren geht, vielmehr als ersetzt dadurch, daß die Betroffenen für ihre ganze spätere Lebenszeit mehr zu verdienen im Stande sind;

3) wird die körperliche Entwicklung in diesen Jahren durch Beschäftigung in den Fabriken noch sehr gefördert, und oft die Gesundheit zeitig untergraben;

4) macht, wie oben bemerkt, höhere Bildung zu einem lebensfähigen Gliede der menschlichen Gesellschaft. Man wird dagegen nicht einwenden, daß es ja Jedem freistehe, seine Kinder bis zum 16. Jahre die Schule besuchen zu lassen. Denn erstens darf es dem Belieben des Einzelnen nicht überlassen bleiben, aus selbstthätigen Gründen das Wohl seiner Kinder zu vernachlässigen; zweitens aber sind unsere Volksschulen nur für 14 Jahre eingerichtet, dieselben 2 Jahre länger zu besuchen, wäre Zeitverschwendung.

Deshalb ist auch die zweite Forderung notwendig: eine Volksschule, die so eingerichtet ist, daß auch die fähigeren Schüler bis zum 16. Jahre ausreichend wachsen können in rein menschlicher und bürgerlicher Bildung.

Es mag hier noch darauf hingewiesen werden, daß es sehr wohl statthaft sein wird, für diejenigen Schüler, welche die so vervollkommnete Volksschule durchgemacht haben, eine bedeutende Verkürzung der Dienstzeit eintreten zu lassen. Daraus würde sowohl dem Einzelnen, als dem Staat, ein Vorteil erwachsen. Der letztere würde wahrscheinlich schon dadurch die Mittel ersparen, die er für die Schule mehr aufwenden müßte.

(Fortsetzung folgt.)

mit seiner ganzen Stimme ein. Man traute ihm Bildung genug zu, dieses Recht gehörig zu gebrauchen. An dem Arbeiter ist es, zu zeigen, daß man ihm nicht zu viel zugetraut, daß auch er den Werth der allgemeinen Bildung zu schätzen weiß.

Es wird wenige Väter geben, welche wegen dieser doppelten Bedeutung der Bildung nicht wünschen werden, daß ihre Söhne bis zum 16. Jahre die Schule besuchen. Nur wenige werden dagegen geltend machen, daß dadurch ihre Söhne 2 Jahre später erwerbsfähig würden. Denn dagegen ist zu bemerken:

1) Ist das Opfer, die Söhne 2 Jahre länger zu unterhalten, gering gegen die Vorteile, welche den letzteren daraus erwachsen;

2) wird der Lohn, welcher in diesen beiden Jahren verloren geht, vielmehr als ersetzt dadurch, daß die Betroffenen für ihre ganze spätere Lebenszeit mehr zu verdienen im Stande sind;

3) wird die körperliche Entwicklung in diesen Jahren durch Beschäftigung in den Fabriken noch sehr gefördert, und oft die Gesundheit zeitig untergraben;

4) macht, wie oben bemerkt, höhere Bildung zu einem lebensfähigen Gliede der menschlichen Gesellschaft. Man wird dagegen nicht einwenden, daß es ja Jedem freistehe, seine Kinder bis zum 16. Jahre die Schule besuchen zu lassen. Denn erstens darf es dem Belieben des Einzelnen nicht überlassen bleiben, aus selbstthätigen Gründen das Wohl seiner Kinder zu vernachlässigen; zweitens aber sind unsere Volksschulen nur für 14 Jahre eingerichtet, dieselben 2 Jahre länger zu besuchen, wäre Zeitverschwendung.

Deshalb ist auch die zweite Forderung notwendig: eine Volksschule, die so eingerichtet ist, daß auch die fähigeren Schüler bis zum 16. Jahre ausreichend wachsen können in rein menschlicher und bürgerlicher Bildung.

Es mag hier noch darauf hingewiesen werden, daß es sehr wohl statthaft sein wird, für diejenigen Schüler, welche die so vervollkommnete Volksschule durchgemacht haben, eine bedeutende Verkürzung der Dienstzeit eintreten zu lassen. Daraus würde sowohl dem Einzelnen, als dem Staat, ein Vorteil erwachsen. Der letztere würde wahrscheinlich schon dadurch die Mittel ersparen, die er für die Schule mehr aufwenden müßte.

(Fortsetzung folgt.)

## Wochenchau.

(Der Verriprung Frankreichs verheißt. — Erreichter Schutz der deutschen Grenzen. — Ein englisches Blatt über die Einigkeit des deutschen Volkes. — Begeisterung der Deutschen im Ausland. — Enthüllung der französischen Pläne. — Maßnahmen der deutschen Gewerbevereine. — Verhalten der Arbeitgeber. — Recht der Arbeiter auf Einhaltung der Kündigungsfrist. — Unterstützungsgesellschaften und Versammlungen.)

Der Anfang des Krieges der Deutschen gegen den Kaiser von Frankreich ist über alle Erwartung glücklich und siegreich verlaufen. Wir meinen nicht die kleinen Vorpostengerechte bei Saarbrücken, obgleich auch diese das Uebergewicht des deutschen Hünabdelgewehrs über den vielgerippenen französischen Chassepot zu bekunden schen-

nen; sondern wir haben im Auge das Gesamtverhältnis der beiderseitigen Heere und der beiderseitigen politischen Stellungen.

Alle Welt und unsere eigene Regierung war fest überzeugt, daß Frankreich mit vorbereiteten Rüstungen einen schnellen Schlag gegen unsere Grenzprovinzen ausführen würde; die furchtbare Dast der Kriegserklärung, allen Regeln des Völkerrechts hehnspredend, ließ sich gar nicht anders erklären, als durch den Plan der Ueberrumpelung. Und dennoch hat es sich anders herausgestellt. Ein Tag vergeht nach dem andern, und der gefürchtete Massenangriff auf unsere schwach besetzten Grenzen ist noch immer nicht erfolgt. Den unermeßlichen Verzögerung von mehreren Wochen hat Louis Napoleon ungenutzt gelassen; er und das „Kind von Frankreich“ weilen noch immer in Paris, während das gewaltige Welts-Aufgebot aus allen Theilen Deutschlands auf den Flügeln des Dampfes gen Westen braust. Schon jetzt, wie die amtlichen Berichte und der Augenchein lehren, schützt ein Wall von Hunderttausenden begeisteter deutscher Krieger unsere schönen rheinischen Gauen, und es steht zu hoffen, daß nicht diese, sondern das Gebiet des irrenden Angreifers den Kriegeschauplatz bilden werden. Lange genug — wir fühlen es noch jetzt in unseren sozialen Verhältnissen — ist der zerrissene deutsche Boden von den Hufen aller europäischen Kriegsmächte zertreten worden; es wäre eine gute Vorbedeutung, wenn das zum ersten Mal geistete Deutschland jener die Kriegesfahel von sich ab in das Feindesland zurückzuführen könnte!

Das Zahlenverhältnis der beiden gegenüberstehenden Heere würde den Angriff deutscherseits auch vollkommen rechtfertigen. Bei nahezu gleicher Bevölkerung, ca. 38 Millionen, stellt Frankreich 693,000, Deutschland dagegen (selbst ohne Oesterreich) 1,134,000 Mann, letzteres eine Folge der allgemeinen Wehrpflicht und der kürzeren Dienstzeit. Daß unsere Soldaten an Kriegstüchtigkeit und Tapferkeit irgend nachstehen, ist nicht anzunehmen, an Intelligenz und Begeisterung aber stehen sie sicher voran, und so können wir trotz Auaen, Verlustes und Mitrailleuse (sprich Mitraille), die vielbesprochene Kugelpräge) dem Ausgang mit froher Hoffnung entgegengehen.

Nicht minder trefflich ist unsere politische Stellung. Mit jedem Tage wächst das, was: es vor allem ankommt, die Einigkeit Deutschlands! Hören wir darüber das Zeugniß eines ausländischen Blattes, der einflussreichen englischen „Saturday Review“ (Sonntags-Abend-Neu).

Der König von Preußen steht an der Spitze der Heere des vereinten Deutschlands. Daß Deutschland einig und daß der König ohne das allergeringste Sträuben, ohne alle Eiferucht im Stande ist, die sämtlichen Truppen aller Deutschen Staaten in's Feld zu führen, ist ein wahrhaft wunderbares Ereigniß. Für den Augenblick wenigstens sind die Deutschen (in Volk und nicht dem ähnlichen ist jemals in moderner Europa gesehen worden. Das deutsche Volk hat sich von Oesterreich, es hat sich von seinen Fürsten losgemacht, es ist einig und hat einen Führer. Dies hat es vor Allem sich selbst zu verdanken. Das Volk war es, das den Freiheitskrieg begann, das sich an der Einheitsidee festgeklammert inmitten der Eiferucht der Hölle und der Intriguen der Minister. Das Volk selbst hat sich zu dem gemacht, was es ist, durch das Unterrichts- und Wehrsystem Norddeutschlands.

Graf Bismarck hat gethan so viel als ein Mann irgend thun konnte, um eine Nation zu gründen (1), aber Nationen lassen sich nicht von einem Mann ins Leben rufen. Das Geheimniß der neuen Stärke Deutschlands liegt in dem Bewußtsein des Verthes und der Kraft, welches die Deutschen ergriffen hat. Sie fühlen, daß sie und ihr Land ein Recht haben zu sein. Die Intriguen von Minister oder die Ersolge von Generalen vermögen nicht einen Geist zu erwecken, wie der, der jetzt aus dem gesammten deutschen Volk atmet. Es war das Volk von Baiern und das Volk von Württemberg, die in einem Augenblick beschloßen, daß Süddeutschland mit Norddeutschland zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenzutreten müßten. Die Lande des Rheinlandes wußten, daß der Krieg ihnen unmittelbar Verderben dreht und doch rufen sie ihn herbei, um selbst um diesen Preis ihre Heimat dem gemeinsamen Vaterlande zu erhalten. Ein größerer Sieg des Gedankens ist im neueren Europa nie gesehen worden. Es mag Frankreich gelingen, Deutschland auseinander zu zerren, Provinzen von Deutschland abzureißen, die durchaus deutsch sein wollen. (1) Aber für den Augenblick wenigstens besteht Deutschland als ein großes festes einmütiges Ganzes. Und Frankreich ist eines der Hauptverursacher gewesen, um die Einigkeit Deutschlands zu Stande zu bringen. Napoleon I. hat die Deutschen belehrt, welche furchtbare Glend ihrer harrt, wenn sie

uneinig sind. Napoleon III. hat sie belehrt, daß die Gefahr, welcher sich Deutschland durch Mangel an Einheit aussetzt, eine immerwährende ist. Frankreich steht auf dem Punkt, wenn es kann, die Deutschen zu erdrücken oder zu vernichten, und unter der Drohung Frankreichs werden sie ganz und gar einig. Sogar in den Provinzen, die bis vor Kurzem Preußen als übermüthigen Erberer hielten, herrscht jetzt nur ein Gefühl: das Verlangen Frankreich zu zeigen, daß Deutschland entschlossen ist zu sein.

Wenn jemals Vaterlandsliebe in edler und mächtiger Weise ans Licht getreten, so gilt das im gegenwärtigen Augenblick von Deutschland und man kann gewiß sagen, daß es ein furchtbarer Verlust für die Menschheit und für Europa sein würde, wenn eine Vaterlandsliebe von so hoher Art ohne Ergebnis bliebe, wenn es der rohen Gewalt und dem Mitrailleur gelingen sollte, sie niederzuwerfen.

Aber nicht nur im eigentlichen Deutschland, sondern überall auf der ganzen Erde — so weit die deutsche Junge klingt — hat einmütige Begeisterung für die nationale Sache die Herzen aller Deutschen erfüllt. Aus Deutsch-Oesterreich, aus England, aus Rußland, vor allem aus der großen Republik jenseits des Atlantischen Oceans bringt der Telegraph täglich die enthusiastischsten Kundgebungen für den deutschen Freiheitskrieg gegen Frankreich. Und überall, wie in Deutschland selbst, läßt man es nicht bei Worten bewenden, sondern man sammelt Gelder und Naturalien zur Belohnung der Tapferen, zur Verpflegung der Verwundeten, zur Unterstützung der zurückgelassenen Familien. An der Berliner Börse, diesem „Tempel des Mammon“, sind in wenigen Tagen über 180,000 Thlr. zu diesen Zwecken gereicht worden! Die entschiedensten Demokraten im Gumbinner Kreise, Männer wie Frenzel und Reitenbach, die bittersten Feinde des Bismarckschen Systems, haben eine großartige Subskription zur Ausführung an den Finanzminister eröffnet, und ein eifriger Republikaner, Karl Blind in London, mahnt in feurigen Worten zur Einigkeit gegen den Franzosen. Nur einige kirchliche Ultramontanen und — die internationalen Sozialdemokraten! — schließen sich von dieser herzerquickenden Erhebung des deutschen Volksgeistes aus, ihrem Gewissen widerstreitet es, die notwendigen Mittel zur Verteidigung des freventlich angegriffenen Vaterlands zu bewilligen: ein bellagenerwerther Standpunkt, aber glücklicherweise unschädlich durch das winzige Häuflein seiner Befenner.

Wäre es jetzt schon, wie es in einem Menschenalter sicherlich sein wird, die Vereinigten Staaten von Europa, so müßte der ganze Erdteil mit uns Front machen gegen den höchst ungerechten Friedensbruch des despotischen Frankreichs. Bei dem jetzigen traurigen Zustand des europäischen Völkerrechts müssen wir schon zufrieden sein, daß sämtliche Mächte sich neutral erklären. Diese Neutralität wird nach den Enthüllungen der letzten Tage sicherlich für Frankreich günstiger werden. Denn es ist vor den Augen Europas klar gelegt worden, daß nach dem Kriege von 1866 Frankreich an Preußen wiederholt das Anerbieten gemacht hat, den Eintritt Süddeutschlands in den norddeutschen Bund zu gestatten, wenn Preußen ihm zur Erwerbung von Luxemburg und zur Eroberung Belgiens behülfflich sein wollte! Dasselbe Frankreich, daß sich in seinen Notizen und Proklamationen als Schützer des europäischen Friedens und Gleichgewichts hinstellt!

Wie auch diese Enthüllung, die mit Recht ungeheures Aufsehen erregt hat, wirken möge — das einige Deutschland bedarf keiner auswärtigen Hülfe. Napoleon selbst hat in seiner Proklamation an die Franzosen den Ausgang des Kriesskampfes prophezeit, indem er sagte: „Ein großes Volk, das eine gerechte Sache verteidigt, ist unüberwindlich!“

Die Maßnahmen der einzelnen Gewerkevereine zu der jetzigen Kriegslage sind, wie selbstverständlich, je nach den Arbeitsverhältnissen ihrer Berufsweize sehr verschieden. Während von der Mehrzahl der Vereine die Wochenbeiträge entweder suspendirt oder auf die Hälfte herabgesetzt sind, befinden sich z. B. die Maschinenbau- und Metallarbeiter und die Lederarbeiter in der günstigen Lage, ihre Beitragspflicht aufrecht zu erhalten, da Arbeitlosigkeit bisher nur ausnahmsweise bei ihnen eintritt. Hart betroffen sind vor allem die Luzusarbeiter; so erfahren wir aus dem „Genossenschaftler“, daß schon am 16. Juli fast sämtliche Bijouterie-Fabriken Pforzheims geschlossen wurden. Am 19. einigte sich dort die Fabrikanten-

Verammlung, daß den Beibringen bis zur Wiederaufnahme der Arbeit die Hälfte ihres dormaligen Wochenlohns ausbezahlt werden soll, um ihnen dadurch die Mittel zum nöthigen Lebensunterhalt zu gewähren und die Fortsetzung des durch „höhere Gewalt“ unterbrochenen Vertragsverhältnisses zu ermöglichen. Bezüglich des Verhältnisses zu den Arbeitern war man einstimmig der Ansicht, daß der Fall des § 17, Abs. 6 der Fabrikordnung vorliege („Der Arbeitgeber ist berechtigt, einen Arbeiter auch ohne Kündigung und vor Ablauf der Kündigungsfrist zu entlassen, wenn unverschuldetes Unglück den Arbeitgeber außer Stand setzt den Arbeiter zu beschäftigen.“); es wurde aber ebenso einstimmig betont, daß bei gegenseitigem guten Willen ein Verständniß erzielt werden kann, durch welches die schroffe Anwendung dieses Paragraphen zu umgehen sein wird.

Wir müssen offen bekennen, daß wir eine bloße Kriegserklärung oder selbst den Ausbruch eines Krieges so und so viel Meilen von dem betreffenden Orte nicht für ein „unverschuldetes Unglück“, welches den Arbeitgeber außer Stand setzt einen Arbeiter zu beschäftigen“, halten können; ein solches Unglück wäre z. B. der Einbruch des Feindes in Pforzheim, das Niederbrennen der Fabriken zc. Hier wie in ähnlichen Fällen handelt es sich beim Fabrikanten nur um Verlegenheiten und Möglichkeiten eines Geldverlustes, beim Arbeiter hingegen um die Existenz mit Weib und Kind; wir können also den Arbeitern nur raten, sowie billige Rücksichten obwalten zu lassen, aber auch solche Rücksichten von der anderen Seite zu verlangen, eventuell aber den Rechtsweg zu betreten.

In Wülshelm a. d. Ruhr hat die Gesellschaft „vielle montagne“ wie im Jahre 1866, den Frauen ihrer zur Mobilmachung eingezogenen Arbeiter monatlich 2 Thlr. 15 Sgr. für jedes Kind als Unterstützung bewilligt. — In Hanau machen alle Arbeiter der Fabrik von Steinbauer dankend bekannt, daß letztere jedem ihrer zur Fahne berufenen Arbeiter einen Beibräutig von 10 Fl. veratbricht und für die Dauer ihrer Abwesenheit wöchentlich 5 Fl. für die Familie ihres derselben ausgelegt hat. — In Leisnig (Schlesien) erhalten in der Fabrik des Kommerzienraths Schmidt, während der Dauer der Einberührung, die Ehefrauen der als Reservisten und Landwehrmänner zur Fahne eingerufenen bisherigen Arbeiter wöchentlich je eine Unterzulage von 15 Sgr. und für jedes Kind extra pro Woche 5 Sgr. Außerdem kleiden die in den der Firma gehörigen Familien-Häusern wohnenden Familien mietsfrei.

Gegenüber diesen rühmlichen Beispielen von Fabrikbesitzern und Unternehmern, welche bei Ausbruch des Krieges die Noth ihrer Arbeiter und deren Familien nach Kräften zu lindern suchen, werden uns leider, und gerade aus Berlin, auch entgegengesetzte Fälle gemeldet. So hat ein hiesiger wohlhabender Arbeitgeber sofort nach Bekanntwerden der Kriegserklärung seine sämtlichen Arbeiter entlassen, ohne auch nur die angefangenen Stücke beentigen zu lassen, obgleich gerade in diesem Geschäfte die Arbeiter häufig ihre Nacht- und Sonntagsruhe im Interesse des Unternehmens geopfert haben. Hoffen wir, daß die große Mehrzahl der Arbeitgeber sich ihrer moralischen Verpflichtungen besser bewußt ist. Im Uebrigen machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen in allen Fällen gilt, wo nicht ausdrücklich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Anderes verabredet ist, der Kriegesfall bringt hierin keine Aenderung.

Wir schließen für heute mit zwei bringenden Mahnungen an die Gewerkevereins-Mitglieder aller Orten: 1) Ihre Kranken-, Begräbnis- und Invalidenkassen durch pünktliche Beitragszahlung und strenge Aufsicht auch in der gegenwärtigen, hoffentlich nur kurzen Krise aufrecht zu erhalten; 2) auch bei Suspension der Ortsvereins-Beiträge sich möglichst häufig zu versammeln, um die gemeinsamen Anliegen zu besprechen, das Organ und andere Blätter vorzulegen — wenn nicht anders in den Wohnungen von Mitgliedern.

Die Jetztzeit ist eine Prüfungszeit auch für die Gewerkevereine!

### An das deutsche Volk!

**Auf, deutsches Volk, zum Kriegestanze!**  
 Züg dich der gold'nen Freiheit werth,  
 Greif' rasch zum Schwerte oder Lanze,  
 Verlass den Pflug, der dich genährt;  
 Verlass die Werkstatt, wo voll Eifer  
 Mit regem Fleiße du geschaffst;  
 Verlass den Lehrstuhl — denn der Geiße  
 Des Frankmanns fordert deutsche Kraft.  
 Ein frecher Lügner dort auf Frankreichs Thron  
 Will sprechen unserm Vaterlande Hohn!

**Auf, deutsches Volk! Vor wenig Wochen,**  
 Da war sein Mund des Friedens voll;  
 Der Lügner hat sein Wort gebrochen,  
 Er nehme seiner Frechheit Zoll.  
 Ganz Deutschland steht sein Recht zu wahren,  
 Jetzt giebt es nicht mehr Süd und Nord,  
 Zurückzuweisen solch Gebahren  
 Hab jeder Deutsche sich das Wort!  
 Und Thaten sollen zeigen bald Napoleon,  
 Daß ihn nicht länger mehr schützt Frankreichs Thron!

**Auf, deutsches Volk! Ein' zu den Waffen,**  
 Kämpf' für der eignen Heimath Heerd.  
 Du hast dir nicht den Streit geschaffen,  
 Der Glück und Wohlstand dir verkehrt.  
 Für Weib und Kind, da waß' das Ganze,  
 Für Freiheit und für Vaterland!  
 Das deutsche Volk, es sei die Schanze,  
 Des Sieges sicheres Unterpfand,  
 Daß jener Lügner dort auf Frankreichs Thron  
 Nicht länger spreche mehr uns Deutschen Hohn!

**Auf, deutsches Volk! So lasse rollen**  
 Den eh'rnen Hüßel blutigroth;  
 Der Säbel kirrt, Kanonen rollen,  
 Entweder Freiheit oder Tod!  
 Wenig ist jetzt der Schwach erbuldet,  
 Nicht Worte mehr. Frisch auf zur That!  
 Ein Wehe dem, der es verschuldet!  
 Auf denn zum Kampf! die Wache naht.  
 Der große Lügner dort auf Frankreichs Thron  
 Sprach dann zum letzten Male Deutschland Hohn!  
 Gölitzer in Spandau.

Ich habe die Genehmigung, nachstehend die durch  
 das Tuchmadergewerk zu Grünberg in Schlesien be-  
 reitete vereinbarten Statuten für ein Einigungsamt, zu  
 dessen Bildung ich mehrfach angeregt hatte, mittheilen  
 zu können. Ich hätte gewünscht, daß Dieß und Venes  
 in den betreffenden Statuten anders abgefaßt wäre.  
 Dabei, selbst wenn einige der Arbeitgeber von Grün-  
 berg das Einigungsamt gar nicht einmal als etwas „Erst-  
 stufes“ betrachten sollten, so darf man doch zu diesem  
 Fall Versuch aufrichtig Glück wünschen. In jedem  
 Fall wird dadurch die Gleichberechtigung beider  
 Interessirter Theile, bei Verabreichung und Entscheidung  
 ihrer geschäftlichen Angelegenheiten, anerkannt.  
 Sobald unserm Vaterlande der Frieden wieder ge-  
 schenkt sein wird, werde ich nicht verfehlen, wie bisher,  
 auch in andern Städten und Gewerken für die Bil-  
 dung von Einigungsämtern zu wirken.  
 Berlin, im Juli 1870.

Hermann Schwarzgröd.

### Statut

des Einigungsamtes zwischen Arbeitgebern und Arbeit-  
nehmern der Tuchfabrikation.

#### Einstellung.

Untereichnete aus der freien Wahl der Arbeitgeber  
 und Arbeitnehmer der hiesigen Tuchfabrikation herorge-  
 gangene 20 Einigungs- und Ersatzmänner haben im Auf-  
 trage ihrer Wähler folgende Grundzüge für Organisation  
 und Wirkksamkeit des Einigungs-Amtes endgiltig festgestellt:

§ 1. Zweck des Einigungsamtes ist Verprechung, Prä-  
 klärung und mögliche Beilegung streitiger Punkte zwischen  
 Arbeitgebern und Arbeitnehmern (sowohl männlichen als  
 weiblichen).

§ 2. Das Einigungsamt besteht aus 14 zu gleichen  
 Theilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählten  
 Einigungsmännern und je drei Ersatzmännern, welche im  
 Scheiternsfall der Weibe nach eintreten. Dieselben  
 setzen als auf die Dauer von zwei hintereinander folgenden  
 Jahren berufen. Wiederwahl ist zulässig. (Die erste  
 Annahm findet Anfang Januar 1872 statt.)

§ 3. Das Einigungsamt constituit sich durch Wahl  
 zweier Vorsitzenden, von denen jeder Theil durch absolute  
 Stimmenmehrheit einen erwählt. Die Wahl gilt auf  
 ein Jahr. Der Vorsitz in den Verhandlungen des Ein-  
 igungsamtes wechselt zwischen beiden Theilen ab.

Ein Protocollführer wird in jeder Verhandlung durch  
 Mehrheitsbeschluß aller Anwesenden bestimmt.

§ 4. Zur Verhandlung im Einigungsamte gelangen nur  
 solche Streitige Punkte, welche mindestens 12 Arbeitnehmer  
 oder einen resp. mehrere Arbeitgeber betreffen (bezüglich  
 von ihnen unterstützt werden), die zusammen wenigstens  
 ebensoviele Arbeitnehmer beschäftigen.

§ 5. Eine solche Angelegenheit muß von den Beschwer-  
 deführern unter wahrheitsgemäßer Angabe des Sachver-  
 halts einem der beiden Vorsitzenden schriftlich mitgetheilt  
 werden. Derselbe ist alsdann verpflichtet, das Einigungsamt  
 binnen 8 Tagen zu berufen.

§ 6. Jede derartige Vorlage wird in parlamentarischer  
 Form unter Leitung eines der beiden Vorsitzenden verhan-  
 delt. Das Protocoll giebt den Verlauf der Debatte in mög-  
 lichster Kürze und Genauigkeit wieder. Das Ergebniß der  
 Verhandlungen wird in Form von Resolutionen zusammen-  
 gefaßt und dem Beschwerdeführer schriftlich mitgetheilt.

§ 7. Es steht dem Einigungsamte zu, in geeigneten  
 Fällen aus seiner Mitte eine Deputation zur mündlichen  
 Vorstellung an eine oder beide Parteien abzuordnen.

Bei Fragen von allgemeinem Interesse kann Veröffent-  
 lichung der Protocolle beschloffen werden.

§ 8. Die mit den Verhandlungen verbundenen Kosten  
 als Botenlöbne, Postgebühren u. s. w. müssen im Betrage von  
 15 Sgr. jeder Beschwerde sofort beigefügt werden.

§ 9. Einmalige Veränderungen dieser Grundzüge un-  
 terliegen Majoritätsbeschloffen im Einigungsamte und der  
 Genehmigung der auftraggebenden Versammlungen.  
 Grünberg, im Juni 1870.

Folgen die Unterschriften der 14 Einigungs- und 6 Er-  
 satzmänner.

### Gewerkvereins-Üheil.

Kas Berlin.

§ In der am 23. d. Mtz. stattgehabten Versammlung  
 des Ortsvereins der Buchbinder wurde beschloffen,  
 da durch die jetzigen Verhältnisse eine allgemeine Geschäfts-  
 losigkeit eingetreten ist, die Beiträge für den Verein zu  
 suspendiren, alle anderen Zahlungen, wie für die Kranken-  
 und Invalidenkasse, bleiben in Kraft. Durch das Suspendiren  
 obengenannter Beiträge werden selbstverständlich die  
 Rechte der Mitglieder auf die Vereinsversammlungen  
 finden nach wie vor statt. Die Beamten verzichten auf  
 jede Entschädigung, für die Dauer der jetzigen Lage.  
 Entlich wurde beschloffen, den Angehörigen der zu d. n.  
 Fabrik einberufenen Vereinsmitglieder, aus dem verban-  
 denen Fonds des Vereins nach Möglichkeit eine Unter-  
 stützung zu gewähren.

§ In der am 20. d. M. stattgehabten Versammlung  
 des Ortsvereins der Sigarren- und Tabaks-Arbeiter  
 hier, wurden zu Anwesenden gewählt die Herren Müller,  
 Koper und Jansen. Die Versammlung beschloß ferner sich  
 durch Hrn. Jansen beim Ortsvereine vertreten zu lassen.  
 In Betreff des Vereinstages in Zeit wurde ebenfalls die  
 Beschloffen im Vereine mit den Ortsvereinen der Buch-  
 binder, Klempner u. s. w. beschloffen, daß wurde dabei  
 die Erwartung ausgesprochen, daß, angesichts der ernsten,  
 kriegerischen Lage des Vaterlandes, der Verbandstag win-  
 derstens noch auf einige Zeit weiter hinaus verschoben wer-  
 den würde. (Ist bekanntlich geschehen. Die Red.)

Wiltz, Kabe, Sotr.

§ In der am 23. Juli abgehaltenen Versammlung  
 des D. V. der Gerber und Lederzurichter, wählte  
 Hr. Behrendt an, daß er seine Kämter im Generalrath  
 niedergelegt und erstattete einen ausführlichen Bericht über  
 die Controle beim General-Sekretär und beim Schatzmeister.  
 In Bezug auf die Controle stellte Hr. Behrendt 3 An-  
 träge an den Generalrath und motivirte dieselben durch  
 die im Bericht über die stattgegebene Controle angeführ-  
 ten Thatsachen, und wurden sämtliche Anträge mit großer  
 Majorität angenommen. Die richtfälligen und sälligen  
 Verbandsgelder werden bis auf Weiteres vom Verein di-  
 rekt an den Verbands-Cassirer abgeliefert. Hierauf  
 wurde die Wahl des Ausschusses vollzogen. Hedenst,  
 Vorl.; Köster, Stell.; Behrendt, Sotr.; W. Eich, Cass.,  
 Amtsaltr. 5.; Strick-Gontr. Die Wahl der Revisoren  
 findet zur nächsten Versammlung statt, auch beschloß der  
 Verein, dem Orts-Vorstand beizutreten und wurde Hr. Eich  
 als Vertreter dazu gewählt. Behrendt, Sotr.

§ **Hinterwalde**, den 10. Juli. In der Versammlung  
 des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metall-  
 arbeiter wurde die Stelle des bisherigen Stellvertre-  
 ter, Hrn. Müller, erledigt, welcher wegen seiner jetzigen  
 Stellung gänzlich aus dem Verein geschieden ist. Herr  
 Barth wurde an dessen Stelle gewählt. Ferner wurden  
 vom Kontrolleur Hrn. Wierlich, vom Januar bis 1. Juli,  
 sämtliche Kassen-Einnahmen, Ausgaben und Bestand vor-  
 gelegt. Auch lagen wir Hrn. Hugo Kanndorf unsern herz-

lichsten Dank für die Rede, die er beim Stiftungsfest der  
 Hinterwalder Stuhlarbeiter am 3. Juli sprach.

A. Ludewig.

§ **Obersuderwitz**, Sonntag, den 24. Juli, hielt die  
 hiesige Produktivgenossenschaft der Weber eine  
 Generalversammlung ab, in welcher, nachdem geeignete  
 Beschlüsse angesichts der unangenehmen Geschäftslage in  
 jetziger Kriegsperiode gefaßt, der Anichluß an den deutschen  
 Genossenschaftsverband beschlossen wurde, und diesen Be-  
 schluss dem Anwalt der deutschen Genossenschaften, Herrn  
 Schulte-Deßlich, mit der Bitte um Aufnahme in denselben  
 zu unterbreiten. — Unmittelbar hierauf hielt in demselben  
 Saale der hiesige Ortsverein der deutschen Stuhl-  
 arbeiter eine Ortsversammlung ab, in welcher vor gefüll-  
 tem Saale Herr Desar Vache einen Vortrag hielt über die  
 politische Lage. Herr Vache sprach so belehrend und be-  
 geisternd für die deutsche Sache, so daß nicht nur Jeder  
 mit Befriedigung den Saal verließ, sondern auch der Be-  
 schluss gefaßt wurde, der hiesige Ortsverein wolle die bedürf-  
 tigen Krauen und Kinder, der in's Feld ziehenden Vereins-  
 mitglieder, nach Kräften unterstützen.

Samuel Benzell, Berf.

§ **Saarau**, den 20. Juli. Der hiesige Ortsverein der  
 Maschinenbau- und Metallarbeiter schloß mit dem  
 11. Juli sein erstes Jahr ab. Der ständige Ausschuß des  
 Bezirksvereins Waldenburg hatte ein gemeinschaftliches  
 Stiftungsfest für die Ortsvereine Waldenburg, Altmasser,  
 Bernsbors, Freiburg und Saarau beschloffen, und fand  
 dasselbe in der hiesigen Ortsversammlung am 11. d. M.  
 ermit und still statt. Herr Dreißiger referirte in erster  
 Reihe, durch Verlesung des Protocolls vom 11. Juli u.  
 s. den Mitgliedern ihr erstes Bestehen in Achtung und Liebe der  
 nicht mehr unter uns weilenden Gründer des Vereins,  
 durch deren segensreiches Schaffen und Wirken die Ver-  
 einseitsentwicklung so weit gediehen, hielt eine Kundschau  
 des Vereinslebens im Allgemeinen und wünschte, daß dieses  
 zweite Jahr ein fröhlicher, künftiger auch durchwachsen möge.  
 Auch hier läßt die Zahl der Mitglieder manches zu wün-  
 schen übrig; dem einen fehlt es an Ueberzeugung und  
 Vertrauen, bei einem andern ist eine zu starke Verehrung  
 seiner Rehle die Ursache seiner Nichtmitgliedschaft und die  
 Mehrzahl scheidet aus durch Restiren der Beiträge. Doch  
 lassen wir Andersgesinnten uns dadurch nicht beirren, be-  
 greifen wir den Gewerkerin, bedeutend das erste Ver-  
 einjahr, als die Morgenröthe durch welche wir nach un-  
 serer Ueberzeugung eine Zukunft erröthen, wo freie sit-  
 tliche Kraft und moralische Eigenschaften die Stufen zu  
 einem achtungswürdigeren, besseren Lebensdasein bilden.

### Arbeitervereins-Üheil.

— Im Berliner Arbeiterverein hielt am Mon-  
 tag der Reichstagsaba. v. Kirchmann einen sehr befallig  
 aufgenommenen Vortrag über die Thätigkeit des letzten  
 außerordentlichen Reichstages. Redner giebt sich der Hoff-  
 nung hin, daß die Lage des norddeutschen Reichstages be-  
 reits gezählt und das Resultat des freigeich beendeten  
 Krieges ein deutsches Volksparlament sein werde.  
 Damit würden wir nicht nur das Zollparlament, sondern  
 auch das preussische Herrenhaus los werden, außerdem aber  
 noch die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ver-  
 meiden können, da nach Schluß des deutschen Parlaments  
 die demselben angehörenden preussischen Abgeordneten noch  
 kurze Zeit in Berlin zurückbleiben könnten, um die speziell  
 preussischen Angelegenheiten zu ordnen. Wäre dies das  
 Resultat des gegenwärtigen Krieges sein, möge der Sieg  
 der Freiheit und Einheit auf seinem Gebiete ausbleiben.  
 (Beifälliger Beifall.) — Herr Raab referirte hierauf über  
 den Unterstützungsfonds für die Familien der ins Feld ge-  
 rückten Mitglieder des Berliner Arbeiter-Vereins. Es wurde  
 nach den Vor schlägen der Kommission einstimmig be-  
 schloffen, eine monatliche Unterstützung von 2 Thlr. pro  
 Familie zu gewähren und werden zunächst diejenigen Fam-  
 ilien bevorzugt, deren Ernährer am 12. Juli, dem Tage der  
 Kriegserklärung, Mitglied des Berliner Arbeitervereins  
 waren. Um die Mittel schnell zu beschaffen, wurde beschloffen,  
 die Monatsbeiträge um zwei Drittel zu erhöhen, idann  
 aber auch die Ausgaben für den Verein so weit als mög-  
 lich zu beschränken, speziell die Zeitungseinkaufe vor der  
 Hand einzustellen. — Unter den sehr zahlreich eingezungenen  
 Fragen veranlaßte eine, welche die schlechte Behandlung  
 von Landwehrleuten Seitens eines ehemaligen hannöver-  
 ischen Offiziers zum Gegenstande hatte, eine längere Dis-  
 kussion. Man wird die Angelegenheit auf dem militärischen  
 Instanzenwege zur Erledigung bringen.

### Verbands-Üheil.

#### An die Verbands-genossen!

Am 18. Juli von Pyrmont zurückgekehrt, habe  
 ich meine Verbandsämter wieder im ganzen Umfang  
 übernommen. Ich erlaube daher, Briefe und Mitthei-  
 lungen für die Anwartschaft und die Redaktion des

„Gewerkeverein“ wieder an meine Adresse, Eichhornstraße 9, dagegen alle Geldsendungen, Bestellungen auf das Organ und Druckfachen nach wie vor an Herrn Landgraf, Meandstr. 30 zu senden, bei welchem vorläufig das Verbandsbüro bleibt.

In der schweren, aber ruhmvollen Zeit, in welche unser Vaterland eingetreten, werde ich, im Verein mit meinen Kollegen vom Centralrath, nach Kräften dafür wirken, daß die schwer errungene Organisation der deutschen Gewerkevereine und ihres Verbandes ungeschwächt erhalten bleibe. Alle Verbandsangehörigen erlaube ich, mich besonders darin durch Mittheilungen für das Organ zu unterstützen. Berichte über die Arbeits-Verhältnisse während des Krieges aus den verschiedensten Orten werden willkommen sein, ebenso Briefe von Gewerkevereins-Mitgliedern aus dem Felde, und erlaube ich die Angehörigen und Freunde dingend um Zuwendung solcher an sie gelangenden für weitere Kreise interessanten Schreiben, welche ich in dem neuen „Unterhaltungs-Heft“ des Organs vorzugsweise veröffentlichen werde.

Von dem Grundgedanken ausgehend, daß unsere socialen Reformbestrebungen den jetzigen Krieg weit überdauern, beschäufte ich mich jetzt mit einer Denkschrift für den Reichstag und Bundesrath, sowie für die weitere Oeffentlichkeit, betreffend die Gewerblichen Unterstützungskassen. Dieselbe soll auf Grund der Geschichte und Statistik die Nothwendigkeit vollständiger Kassenfreiheit wissenschaftlich nachweisen und mit einem Gesetzentwurf über Arbeiter-Unterstützungskassen für den nächsten Reichstag schließen.

Zu dieser Arbeit bedarf ich aber, außer dem reichhaltigen englischen, französischen und belgischen Material, das ich gesammelt, noch möglichst vieler Nachrichten aus den verschiedenen deutschen Staaten, insbesondere: hierauf bezügliche Gesetze, Verordnungen, Ortsstatute, Statuten von Krankenkassen, Invaliden-, Invaliden-, Wittwen- und Waisenkassen und deren frühere und letzte Jahresabschlüsse. Die Vorstände und Mitglieder der Arbeiterbildungs- und Ortsvereine, sowie andere Leiter d. V. würden durch baldige Einreichung solcher Materialien der Sache nützen und mich zu großem Dank verpflichten.

Berlin, Ende Juli 1870.

Mit genossenschaftlichem Gruß  
Dr. Max Hirsch, Verbands-Anwalt.

**Gewerkeverein der deutschen Stahlarbeiter zc.**  
In seiner am 22. d. M. abgehaltenen Sitzung hat der Centralrath folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) Die Generalversammlung (31. Juli c.) wird in Ermägung des eingetretenen Krieges bis auf ruhigere Zeiten vertagt.
- 2) Die Beiträge zur Ortsvereins- resp. Gewerkevereinskasse haben vom 1. August c. ab bis auf Weiteres aufzuhören, und werden die Mitglieder wie von ihren Pächtern, so auch von ihren Rechts-suspendirt (zeitweilig entbunden).
- 3) Auf verschiedene Anfragen, betreffend Invalidenfasse, haben die Ortsauschüsse den § 5. des Verbands-Invalidenstatuts zu beachten und den Beschlüssen des Centralraths nachzukommen.
- 4) Die Beiträge zur Kranken- und Begräbnißkasse werden regelmäßig fortzubehalten.
- 5) Werden die Ortsvereinskassen zur Remittirung an die Centralrathskasse aufgefordert, damit letztere ihren Verpflichtungen nachkommen kann und sind die Vorstände ersucht, die ihnen zugesandte Quote an den Centralrath abzuliefern, sowie ihre sonstigen Verpflichtungen zu erfüllen.

Berlin, den 25. Juli 1870.

**Vor den Vorort:**  
B. Hilbrandt, Th. Kaufmann, Vor. Sect.

Den Ortsvereinen des Gewerkevereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter zur Nachricht, daß der Centralrath des genannten Gewerkevereins sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen genöthigt sieht, die auf den 21. und 22. August d. J. nach Berlin einberufene Generalversammlung (Delegirtenstag) auf Weiteres zu vertagen, und werden wir, wenn in unserem deutschen Vaterlande wieder friedliche Verhältnisse eingetreten sind, die nöthigen Anordnungen zur Einberufung der Generalversammlung (Delegirtenstag) veranlassen.

Für den Centralrath:  
A. Andread, B. Tüngler, interim. Vorsitzender, Generalsecretär.

**Gewerkeverein der deutschen Schneider und anderer Berufsgenossen.** In der am 20ten d. M. statt-

gefundenen Generalrath-Sitzung wurde in Folge der eingetretenen politischen Ereignisse die General-Versammlung auf unbestimmte Zeit vertagt, und wird zur geeigneten Zeit das Weitere den Vereinen bekannt gemacht werden. Einige wichtige Beschlüsse werden schriftlich an die Vereine gelangen; im übrigen schließt sich der Generalrath dem in voriger Nr. uniers Organs enthaltenen Hinweis des Centralraths an, indem er alle Vereinstmitglieder, die nicht einberufen, ersucht, das was wir bis jetzt erreicht, unteren in den Kampf gezogenen Mitgliedern zu erhalten, dieselben werden mit um so größerer Freudigkeit, wenn der blutige Kampf beendet, wieder den geistigen Kampf für unsere inneren Freiheiten und Rechte aufnehmen.

A. Janson, Gen. Sect.

**Ortsverein der Pojamontiere zc.** Verammlung Montag, den 1. August, Fischerstr. 10, Abende 8 Uhr. Tagesordnung: Bericht über Anstich an den Gewerkeverein der Eubalarbeiter, Geschäftliches. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

**Ortsverein der Zimmerleute.** Dienstag, den 2. August, Versammlung im Cafe Humboldt, Neue Grünstraße.

**Hausjagung.**  
Für das im Hofjäger am 11. c. stattgefundene Concert, zum Besten eines bei der Arbeit verunglückten Mitgliedes des Ortsvereins der Fischer zc., welches einen demselben bereits übergebenen Reinertrag von 64 Thlr. ergeben hat, sagt allen Mitgliedern, Freunden und Gönnern dieser Sache den besten Dank. Das Comité.

Allen meinen Freunden und Vereinsgenossen sage ich bei meiner Abreise nach Landsberg a. d. W. ein herzliches Lebewohl, und danke für das mir geschenkte Vertrauen, mit dem Blicke beiseit, daß der Verein in einem festen Wachen weiter grünen und blühen möge.

Bartenstein, Ende Juli 1870.

- Herrd. Schirmacher.**
- Zur Beachtung!**  
Folgende Abonnenten überweisen wir, der Ersparung des Porto's wegen, von Nr. 32 an, wie folgt:
- Hönin - Burg, Kleiserstr., für Babn, Zimmerer, 2 Grpl.
  - Hirsch - Magdeburg, für Bourlet, Haselberg 7, 2 "
  - Heiser - Merseburg, gr. Rittergasse 167c, für 2 "
  - Steinwedel - Bremen, Sandersdeich 4g, für 2 "
  - Körner, Unterstr. 29, 2 "
  - Vertelbe für Behrmann, Seemannstr. 9a, 1 "
  - Laurus - Bartenstein, Maschinenb., für Hirschberg, Zimmerer, 2 "
  - Heilmann - Grynau, Neuhöhe Johannistr. 14, für Ortsverein der Maler, 2 "
  - Vertelbe für Maschinenbauer, 2 "
  - Vertelbe für Lithographen, 2 "
  - Schubert - Görlich, Kränzelstr. 4, für Seeliger, beide Gasse 17, 2 "
  - Schallscha - Gleiwitz, für Mittel, Glaserstr., 2 "
  - Krüger - Sommerfeld, f. Zimmerer, Maschinenb., 2 "
  - Friemelt - hier, Gräner Weg, für Pölschad, 2 "
  - Vangerstr. 14, 2 "
  - Vertelbe für Euter, Al. Markstr. 30, 2 "

**Zur Kriesslage.** Von einer Anzahl Ortsvereine haben wir bereits Vorberungen zur Unterstützung der Familien einberufener Mitglieder erfahren, so von dem hiesigen Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der Fabril- und Handarbeiter u. a. Wegen die anderen Ortsvereine bald folgen und uns Mittheilungen darüber zufommen lassen! - Während die gewerbliche Arbeit darniederliegt, bedarf die Landwirthschaft dringend der Arbeitskräfte. Hier bietet sich für zahlreiche Mitglieder unserer Vereine ein, freilich schwerer, Arbeits-Verdienst.

**Zur Nachahmung!** Bochum, 21. Juli. In einer sofort nach Empfang der partier Krigenachricht vom Generaldirektor des hiesigen Vereins für Bergbau und Gühstahlfabrikation berufenen Versammlung wurde einstimmig beschlossen, daß die Beamten, Meister und Arbeiter des Vereins für die Dauer des Krieges 1 Egr. pro 1 Thlr. Gehalt oder Löhnung einem selbsterwählten Comité zur Verfügung stellen, behufs Unterstützung der Familien ihrer zu den Föhnen einberufenen Mitarbeiter, deren 500, von der Sorge um die Übrigen befreit, um so freudiger in's Feld rüden.

**Zur Nachricht.**  
Eine bereits verkaupte Pflicht nachholend, fühle ich mich gedrungen, den gebürten Abonnenten der „Haubütte“ sowie den löbl. Ortsvereinen die traurige Mittheilung zu kommen zu lassen, daß das fernere Erscheinen der „Haubütte“ vom 1. Juli 1. J., trotz meinen eifrigsten Bemühungen, wegen Mangel an Unterstützung zur Unmöglichkeit geworden ist. Seit dem 1. Mai 1869, wo die „Haubütte“ ins Leben gerufen wurde, habe ich, von der größten Hingebung und dem lebhaftesten Interesse zur Sache befeelt, durch bedeutende pecuniäre Opfer die Ersten der „Haubütte“ zu bebaupten gesucht. Mir schwebte bei Heraus-

gabe dieses Blattes vor allem das Ziel vor, den Arbeitern des Hausfaches im Allgemeinen, sowie im Besonderen den Arbeiter- und Ortsvereinen eine gründlichere Kenntniß ihres Berufes zu ermöglichen, sowie das Wohl aller Arbeiter auf socialen Gebiete zu fördern! Sollte mir eine entfernte Erreichung dieses Zieles gelungen sein, so ist und bleibt dieses mein schönster Lohn.

In der neuern Zeit jedoch ist es mir zur traurigen Gewißheit geworden, daß ich allein, - da die Arbeitskräfte zur Förderung und Behauptung eines solchen Blattes heut zu Tage obnehin sehr geringe sind, und, was besonders in die Waagschale fällt, mir die pecuniären Mittel nicht mehr in der Weise zu Gebote stehen wie früher - daß ich allein das Bestehen der „Haubütte“ nicht mehr ermöglichen kann und somit mich vor der Hand zur Schließung des Blattes gedrungen fühlen mußte.

Ich ersuche jedoch alle vereideten Ortsvereine, sowie die mir bis jetzt treu gebliebenen Kameraden, - alle Gesuche und Anfragen an mich von nun an dem „Gewerkeverein“ zufommen lassen zu wollen, voraus ich jederzeit mit der größten Bereitwilligkeit und Prompttheit dieselben im genannten Blatte zu beantworten mich befehligen werde. Mit dem lebhaftesten Bedauern, vor der Hand zu mir vorgeleitete Aufgabe nicht verwirklicht zu wissen und in der Hoffnung, vielleicht in späteren Zeiten eine Wiederbelebung der „Haubütte“ zu ermöglichen, verbleibe ich Hochachtungsvoll

G. Jahn, und Generalsecretär des Gewerkevereins der deutschen Maurer und Steinbauer zc.

Pelzig, im Juli 1870.

Wegen vorzunehmender Aenderung des ganzen Vereinswesens habe ich Fragebogen an alle Ortsvereine verfaßt mit dem Bemerken, mir selbige binnen 6 Tagen zurückzusenden. Da mehrere Ortsvereine diesem nicht nachgekommen sind, so ersuche ich dieselben dringend um umgehende Einreichung. - Der Diage.

**Literarisches.**  
**Barbarossa.** Organ des Verbandes südwestdeutscher Arbeiter-Bildungs-Vereine. Unter Mitwirkung des Verorts-Vorstandes in Karlsruhe, sowie der Herren Auer, Kobb in Stuttgart, Stöfler, Wittum in Pforzheim und anderer Freunde des socialen Fortschritts herausgegeben von R. Müllin (in Pforzheim). Erschienen einmal wöchentlich, Preis 24 Kr. vierteljährlich. Von diesem, auf Beschluß des Verbandes in Billingen begründeten Organs liegt uns bis jetzt nur Nr. 1 als Probe-nummer vor, welche, wie die Namen des Herausgebers (früher Redacteur des „Genossenschaftler“) und der Mitarbeiter nicht anders erwarten lassen, ein in nationaler und sozialer Beziehung höchst interessantes Blatt verheißt. Wir schließen diese Empfehlung mit den Schlussworten des einleitenden Artikels: „Darum sei unsere eifrige Arbeit auf ein einziges und starkes, durch Gehalt freies, durch Bildung, Gerechtigkeit und Wohlstand glückliches Vaterland gerichtet, das den Geringsten, wie den Größten seiner Angehörigen mit gleicher Liebe umfaßt. Dann leben wir der Idee unseres Jahrhunderts, wie der alte Barbarossa, der gepriesene Held, der Idee des jungen gelebt hat; dann dürfen wir hoffen, das Werk zu vollenden, das er begonnen, dann sind wir gewiß, daß unser Ansehen ein gefeignetes bleiben wird, wie das seinige es ist.“

Aus einer vorliegenden Nummer des illustrierten **Sonntags-Blattes für Jedermann aus dem Volke** sehen wir, daß der bekannte Verichterstatler des Feldzugs der Main-Armee, der Verfasser des Buches „Von der Erde bis zur Tauber“ es unternommen, den Kriegsschauplatz aufzusuchen und regelmäßige Berichte dem Sonntags-Blatt einzuschicken. Bei dem Aufsehen, welches seiner Zeit die Artikel über den Mainfeldzug errigten, können wir nicht daran zweifeln, daß auch die jetzt zu erwartenden Kriegberichte hochinteressant sein werden. Wir können daher bei dem reichen und gebiegenen Inhalt des „Sonntags-Blattes für Jedermann aus dem Volke“, bei dem billigen Preise von 9 Egr. für das ganze Quartal diese illustrierte Zeitschrift unsern Lesern bestens empfehlen.

**Briefkasten.**  
Brauer, Ottenen. Der § 5. der Invalidenfasse antwortet Ihnen. - Mühlenhaupt, Burg. Die Exemplare waren verfehlt und müssen unterwegs verloren sein. Bis jetzt ist noch kein Generalrathsmittglied fort. - Ringel, Bromberg. Sie erhalten im Ganzen 13 Exemplare, für die Köpfer 2 Pflichteremplare, bitte uns die übrig behaltene Nummern zu remittiren. - Rehdein, Eintr. Sie erhalten 16 Exemplare mit Pflicht, für Malinstraße 10; die 2 Pflichteremplare für Puch, Malinstraße 10; die 2 Exemplare Nr. 27-30. Sind für Sie, da Sie früher 14, jetzt 16 Exemplare haben, folglich die fehlenden Nummern nachkommen mußten. - Wiebemann, Poldva. Brief empfangen. Besten Dank!